



Fragen aus der Informationsveranstaltung zum Wettbewerbsaufruf für Berufsorientierungsmaßnahmen der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration am 05.11.2025

Frage 1. Wer zählt zum Teilnehmendenkreis der Ausschreibung?

Antwort:

- Schüler:innen der allgemeinbildenden Schulen
- Schüler:innen von berufsbildenden Schulen
- Eine Kofinanzierung durch eine BOM Maßnahme der Arbeitsagentur kommt allerdings nur für allgemeinbildende Schulen in Frage.
- Eine Kofinanzierung für Angebote an berufsbildenden Schulen muss über eine alternative Kofinanzierung erfolgen.

Frage 2. Frage 2: Ist die Nutzung von Synergieeffekten mit anderen Projekten möglich, z.B. Potentialanalysen?

Antwort:

- Die Berufsorientierungsmaßnahme muss eine eigenständige, von anderen Projekten abgegrenzte Maßnahme sein.
- Die Nutzung von Synergieeffekten im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen durch bestehende Kontakte/Netzwerke des Trägers o.Ä. ist möglich.

Frage 3. Können Praktika jederzeit erfolgen oder müssen die von den Schulen vorgegebenen Praktikumszeiten eingehalten werden?

Antwort:

- Die von den Schulen vorgegebenen Praktikumszeiten müssen grundsätzlich eingehalten werden.
- Praktikumsangebote in den Ferien sind allerdings freiwillig jederzeit möglich.
- Praktikumsangebote darüber hinaus müssen mit den Schulen abgesprochen werden.

Frage 4. Wie kann die Umsetzung für Schüler*innen ab 8. Klasse erfolgen, wenn diese zum Zeitpunkt der Teilnahme noch keinen Schulabschluss haben und demnach noch nicht direkt in eine Ausbildung übergehen können?

Antwort:

- Das Angebot ist für Schüler:innen **ab** der 8. Klasse geplant.
- Der Zeitraum der Teilnahme kann flexibel geplant werden.
- Es soll in erster Linie ein umfassender Einblick in Ausbildungsberufe geschaffen werden, auf den die Berufswahl der Schüler:innen dann aufsetzt; es muss kein direkter Übergang in eine Ausbildung erfolgen.

Frage 5. Dürfen nur Betriebe für Praktika berücksichtigt werden, die in den Fonds einzahlen, und wenn ja, wie kann das herausgefunden werden?

Antwort:

- Die Vermittlung in Unternehmen, die zum Geltungsbereich des Fonds gehören ist ausdrücklich erwünscht, jedoch nicht zwingend Voraussetzung

Frage 6. Gibt es ein Ausschlussverfahren für Betriebe?

Antwort:

- Siehe Antwort zu Frage 5.

Frage 7. Welche Standorte sollten für die Projekte vorrangig gesucht werden?

Antwort:

- Wie in der Ausschreibung angeführt, sollen in den geplanten Maßnahmen „insbesondere Schulen in benachteiligten Quartieren berücksichtigt werden“; eine differenziertere Definition ist nicht vorgegeben.
- Eine Orientierungsmöglichkeit hierzu können etwa die WiN Fördergebiete sein.
- In Bremen zählen dazu: Grohner Düne, Lüssum-Bockhorn, Gröpelingen, Huchting, Kattenturm, Neue Vahr, Hemelingen, Tenever, Wohlers Eichen, Huckelriede, und das Schweizer Viertel.
- In Bremerhaven zählen dazu: Geestemünde, Grünhöfe, Lehe, Lehrerheide, Mitte, Suhrheide und Wulsdorf
- Die Angebote können jedoch auch in anderen Quartieren angeboten werden, wenn Betriebe mit Bewerber:mangel davon profitieren.

Frage 8. Welche Berufe sollen adressiert werden?

Antwort:

- Wie in der Ausschreibung angeführt, sollen adressierte Berufe vor allem solche sein, bei denen nachweislich ein Mangel an Bewerber:innen herrscht, um die von den Betrieben angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen oder die bei Schüler:innen kaum bekannt sind. Dazu gehören u. a. handwerkliche Berufe im Allgemeinen, insbesondere das Lebensmittelhandwerk sowie klimaschutzrelevante Berufe. Zusätzlich sind innovative Konzepte aber auch für andere Ausbildungsberufe möglich.
- Orientierung zu Berufen mit Bewerbermangel kann die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit für Bremen und Bremerhaven geben. Bewerbermangel für spezifische Berufe kann aber auch lokal bestimmte Quartiere betreffen.

Frage 9. Gibt es eine Vorgabe zur Seitenanzahl des Konzeptes?

Antwort:

- Wie in der Ausschreibung angeführt muss „ein schlüssiges inhaltliches sowie finanzielles Konzept (inklusive Kostenregelung: Finanzierungsplan / Kostenkalkulation und Gesamtpreis) vorliegen. Die organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung sowie die Aufgaben aller an der Umsetzung Beteiligten und deren Interaktionen sind zu beschreiben“. Weitere Vorgaben

zur Konzeptgestaltung oder Seitenzahl gibt es nicht.

Frage 10. Wie soll die verschlüsselte zip-Datei versandt werden?

Antwort:

- Auf der Internetseite des ESF Bremen unter <https://www.esfplus.bremen.de/> findet sich unter der Förderperiode 2021 -2027 ein Informationsblatt zur Verschlüsselung von Dateien.

Frage 11. Was bedeutet „beihilferelevant“?

Antwort:

- Wie in der mitveröffentlichten „Allgemeinen Förderrichtlinie für Förderungen im Rahmen des Ausbildungsunterstützungsfonds“ unter 3.3 Beihilferelevanz aufgeführt, wird die „beihilferelevanz [...] für die Einzelprojekte bei Antragsstellung geprüft.“
Zur Information: Sollte sich eine Beihilferelevanz herausstellen, dürfen staatliche Beihilfen nicht höher als 300.000 Euro für 3 Steuerjahre sein.

Frage 12. Können Sachkosten prozentual angegeben werden?

Antwort:

- Sachkosten können entsprechend der mitveröffentlichten Förderrichtlinie prozentual angegeben werden.

Frage 13. Darf eine Verwaltungspauschale abgerechnet werden?

Antwort:

- Wie in der mitveröffentlichten Förderrichtlinie dargestellt, kann zusätzlich zu den prozentualen Sachkosten keine Verwaltungspauschale abgerechnet werden. Ausgaben für anteilige allgemeine Verwaltungs- und Managementaufgaben (administrative Kosten) sind mit der Gemeinkostenpauschale abgegolten.

Frage 14. Was sind sozial benachteiligte Orte?

Antwort:

- Siehe Antwort zu Frage 7

Frage 15. Darf der Kooperationsvertrag vor Maßnahmebeginn geschlossen werden?

Antwort:

- Der Kooperationsvertrag mit der ABIG muss vor Maßnahmebeginn abgeschlossen werden.

Frage 16. Wo ist §48 SGB III, die Fachliche Weisung zu Berufsorientierungsmaßnahmen zu finden?

Antwort:

- [Fachliche Weisungen Berufsorientierungsmaßnahmen \(BOM\) Drittes Buch Sozialgesetzbuch – SGB III § 48 SGB III](#)

Frage 17. Dürfen die Maßnahmen auch in 2027 ausgeführt werden?

Antwort:

- Start der Maßnahmen kann ab 1.1.2026 sein, die maximale Laufzeit ist bis 31.12.2026. Im ersten Halbjahres 2026 wird nach Beschluss des Haushalts geklärt, inwiefern eine Verlängerung in 2027 erfolgen kann.

Frage 18. Wie viel Mittel stehen zur Verfügung?

- Wie in der Ausschreibung angeführt, werden „die notwendigen Kofinanzierungskosten in Höhe von bis zu 50 Prozent der Gesamtsumme als vertraglich festgelegte Summe für eine komplette Maßnahme oder als Festpreis für einzelne Komponenten/Bausteine der Berufsorientierung“ finanziert.

Frage 19. Es stehen hierfür insgesamt 320.000 € Mittel des Landes bzw. aus dem Ausbildungsunterstützungsfonds zur Verfügung.